

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

27.11.1922 (No. 277)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher Zeitung,
Badischer Staatsanzeiger,
Karlsruherstr. 14
Karlshöhe
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. A. n. b.,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für November 216 M. — Einzelnnummer 10 M. — Anzeigenpreis: 10 M. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassentatart gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerbeständen, zwangsweiser Beirteilung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inkrent keine Kapazität, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Arbeitsmarktlage zeigt gegenüber der Vorwoche eine schwache Verschlechterung, die teils auf die vorgeschrittene Jahreszeit, teils allerdings auch auf Rohstoff- und Absatzmangel, letzten Endes also auf die Geldentwertung zurückzuführen ist. Die Lage in der Metall- und Maschinenindustrie hat sich nicht erheblich verändert, örtlich hat sie sich gebessert, anderorts wurde zu Arbeitszeitverkürzung gezwungen. Die Textilindustrie ist noch gut beschäftigt. Weitere Verschlechterung ist zu beobachten in der Textil- und im ganzen auch in der Tabak- und Zigarrenfabrikation. Auch der Kräftebedarf des Bauhandwerks ging zurück, von der Verschlechterung wurden in der Hauptsache Maler und Bauhilfsarbeiter betroffen. Ebenso hat die Nachfrage nach sonstigen ungelerten Arbeitern in der Berichtswache nachgelassen. Die starke Zurückhaltung im Handel, auch bei Einstellung von Personal für Weihnachtseinkäufe, hielt an. Umgekehrt hat sich infolge Verringerung anderweitiger Arbeitsmöglichkeiten das Dienstbotenangebot etwas belebt. Betriebs Einschränkungen erfolgten in zwei Betrieben, wogegen ein Betrieb (Tabakfabrikation) nach Entlassung von etwa 100 männl. und weibl. Arbeitskräften wieder voll arbeitet. Die Porzellan- und Schmuckwarenindustrie weist folgenden Stand auf: 14 Firmen arbeiten infolge Auftragsmangels mit Arbeitszeitverkürzung; betroffen sind hieron nach dem Stand vom Ende der Berichtswache 328 Männer und 113 Frauen.

Europas noch immer lebendiger Militarismus.

Folgendes Offenes Brief G. D. Morris an den Erzbischof von Canterbury entnommen aus dem Sondernummer 48 des Heine'schen Beobachters vom 19. Nov. 1922: Euer Gnaden drücken in der Predigt in Genf ein unzweifelhaft tiefes Gefühl aus, einen leidenschaftlichen Haß gegen den Krieg, eine unverwundliche Hoffnung, daß die internationale Störpfeil, die als der Völkerbund bekannt ist, der aber, wie Sie zugeben werden, zur Zeit nichts als ein Bindnis einzelner Nationen ist, wirklich einmal das anerkannte Instrument werden kann, durch das die Völker automatisch ihre Pflichten befolgen werden, ohne ihre Untertanen zu zwingen, daß im Namen des Patriotismus ein Mensch den andern niedermetzelt. Es muß dazu beitragen, der guten Sache zum Siege zu verhelfen, wenn das Haupt der christlichen Staatskirche dieses Landes in so deutlicher Weise seinem Verlangen gegen den internationalen Völkerausbruch verleiht, aber — mögen Euer Gnaden mir die Annahme verzeihen — darf ich fragen, wie Sie jenen Militarismus, den Sie verachten, aus der Welt schaffen wollen, wenn die ganze Lage Europas weiter durch ein großes Unrecht entwirrt wird, das auf einer historischen Frage begründet ist? Wenn dieses Unrecht weder zurückgenommen noch ausgeglichen wird, sondern sogar den Kurs der europäischen Siegerstaaten bestärkt, deren Willen Europa sich beugen muß — wie kann da die Welt den Frieden finden? In Ihrer Predigt aber suche ich umsonst nach einer Anspielung auch nur auf das Bestehen eines solchen Unrechtes. Das ist recht seltsam, aber auch schrecklich. Denn wenn die Welt vom Militarismus getrieben werden soll, der in erster Linie ein Selbstzweck ist, kann sie so nur dadurch gerettet werden, daß man alles Unrecht und alle Ungerechtigkeiten beseitigt, die jenem Selbstzweck und seiner Verwirklichung im Krieg auf die Rechnung gesetzt werden müssen. Und wenn in diesem kritischen Augenblick der Weltlage die Männer, deren Stellung als Führer in der Auslegung und Übung des christlichen Glaubens sie mit einer so grenzenlosen Verantwortung erfüllt, die sie der Menschheit gegenüber befehlen, sich darauf beschränken, Unrecht und Ungerechtigkeit im allgemeinen zu beurteilen und von einer Beurteilung im besonderen Fall zurückzuführen, wie sollen da den Menschen die Augen geöffnet werden? Sie werden vielleicht einwenden sich mit dem besonderen Fall zu befassen, hier in die politische Arena herabsteigen, was Ihnen Ihr hohes geistliches Amt verbietet. Die mächtige Organisation, deren Haupt Sie sind, mied jene Arena aber während des Krieges in keiner Weise. Weinauf vier Jahre sind verstrichen, seit in Versailles ein Urteil über ein ganzes Volk verhängt wurde — die Alten, die mittleren Alters, die Jungen, die Angehörigen. Es wurde verhängt mit der Begründung, daß die Männer, die über jenes Volk herrschten, als der Krieg ausbrach, aber nicht mehr, als er endete, den Krieg mit Überlegung geplant, vorbereitet und herbeigeführt hätten, daß sie allein die ublichen Ambitionen und Lebensdrängen Europas verlorperten, daß sie allein Explosivstoffe angeammelt hätten, an die sie spätk und mit Überlegenheit den Händer legten. Man nehme einen Augenblick an, diese ungläubige, diese völlig phantastische Beschuldigung wäre wahr, würde dann Euer Hochwürden behaupten, der Glaube, dessen Ethik auszuliegen Ihre Vorrecht ist, fordere die Bestrafung der gemeinen Leute, über die jene Männer einst herrschten — der Handwerker, der Bauer, der Kaufmann, der Arbeiter in den Fabriken und auf den Feldern, der Frauen? Welchen Anteil hatten sie denn an einer solchen Verbrechen... Angenommen, jenes schamlose Hoch, der Kräfte, der deutsche Generalstab hätten sich teuflich gegen den Frieden Europas verschworen, so müßte ihre Verurteilung notwendig —

und dessen werden sie auch beschuldigt. — geheim gewesen sein. Und in dieser Beschuldigung geheimer Verbrechen sieht die Unschuld des deutschen Volkes geschrieben. Eine Bevölkerung von 65 Millionen kann sich nicht im geheimen verschwören und Geheimnis als das Wesen der Verschwörung. Kleinlein, die erst zu gehen anfangen, Säuglinge, die nach der Mutter Brust greifen, die nach ungeborenen Frucht — sie treiben keine Verchwörung. Aber Strafe ist ihr Teil, Strafe aus unserer Hand. Ist es möglich, daß Euer Hochwürden sich dieses Unrechtes nicht bewußt ist? „Die Sünden der Väter...“ Ein gerechtes Schwert; möge seine Schärfe unfern Kindern erspart bleiben. Daß die europäische Geschichte je ein so verrücktes Kapitel geschrieben? Gewalttätig und lange sich anhäufende Rüstungen rivalisierender Staatsgruppen. Intrigen und Gegenintrigen. Krieg. John Millionen hingebracht. Vereinig Jahre menschenmörderischen Wahnsinns, unaussprechlicher Grauel. Der allmähliche Zusammenbruch der einen Seite. Ein Waffenstillstand, unterzeichnet auf der verhängten Grundlage eines edlen, hellenden Programms, Berechtigung dieses Programms durch die Sieger Regierungen; als sein Erfolg ein Urteil verhängt über die Besiegten, wie es in der Geschichte der Christenheit ohne Beispiel gerechtfertigt mit der Begründung, daß die ganze Verantwortlichkeit auf eine Partei in dem Kampf beschränkt sei. Vier weitere Jahre, während deren dieses Urteil grausam ausgeführt wird.

Das Ergebnis? Ein Militarismus, fürchterlicher als je, der seine Inspiration aus der Furcht schöpft, die durch die Erzwingung eben jenes Urteils erzeugt wird. Die Siegerstaaten verweigern in schmutzige und erblose Zänke über die fortgesetzte Erzwingung des Urteils, einander anzurend über ihre Anteile an dem Tribut, der nach dem Urteil von einem zum Selohentum verurteilten Volk erhoben wird, einander die Hände zeigend, wie sie nach diesem und jenem Deutschland schnappen, und Kühlung auf Rüstungshäufen während Europa zerfällt.

Das Unrecht, das seine Remedis nach sich zieht — ist es denkbar, daß das Euer Hochwürden verbergen ist? Vor ein paar Wochen sprachen ein paar von uns mit einem amerikanischen Bürger über die Lage Europas. Es war kein Würdenträger der christlichen Kirche; er war nur ein großer Geschäftsmann. Und doch fiel von seinen Lippen während eines jener Schweigen, die die tiefere Bedeutung, die hinter dem gesprochenen Wort liegt, zu kristallisieren scheinen, eine Wahrheit, deren Verhängnis — Sie verzeihen es mir? — ich vergeblich in ihrer Genes Predigt suchte. „Was Europa braucht“ sagte er, „ist eine große moralische Persönlichkeit.“ Worauf einer der Anwesenden bemerkte: „Ja, aber wenn die Kirche...“ er ist doch ihre Sache, aber... Der Satz blieb unvollendet.

Da unter den Herren der Welt keine große moralische Persönlichkeit aufsteht, mag Ihnen der Gedanke kommen daß in der mühsamen Definition und Denunziation jenes Unrechtes vielleicht das Mittel liegt, durch das immer noch gewalttätige Macht, die Sie vertreten, dazu beitragen kann, der Menschheit Frieden zu bringen und Licht einer Welt, die in die Dunkelheit der Unrechtigkeit und des Irrtums gestürzt ist?

Politische Neuigkeiten.

Deutscher Reichstag.

Beginn vormittags 10 Uhr. Der Reichstag überweist zunächst beabteiligt die Novelle zum Einkommensteuergesetz an den Steueraussschuß. Ebenso werden durch Ausschuhüberweisung erledigt die Novellen zum Patengesetz, zum Bundessteuergesetz und zur Bekämpfung der Kapitalflucht. Dann wird die Aussprache über die Erklärung der Reichsregierung fortgesetzt.

Hg. Ledebour (M.D.) behauptet, daß der Reichstagslangler nicht anwesend ist. Er richtet an seinen Vertreter die Frage, ob Herr Dr. Müller noch Minister oder ob er zurückgetreten ist. Da die Frage nicht beantwortet wird, müssen wir auf die Sache näher eingehen. (Rufe aus dem Zentrum: Das ist doch erledigt!) Nein, sie ist nicht erledigt. Es wird, wenn er jetzt nicht zurückgetreten ist, gefragt werden müssen, wie ein Mann mit einer wenigstens im Rheinland bekannten so anrüchlichen Vergangenheit auch nur einen Tag Minister sein konnte. Denn daß ein Separatist und Feind der Umfrage als Ernährungsminister bestimmt werden konnte, gibt uns den Beweis dafür, daß dieses Kabinett eine rein agrarische Politik treiben will. Wir haben das größte Interesse daran, zu wissen, wer für die Auswahl dieses Anti-Ernährungsministers verantwortlich ist. (Der Reichstagslangler ist inzwischen erschienen.) Die Entstehungsgeschichte des Kabinetts Cuno beweist am besten, daß bei uns das parlamentarische Regime noch nicht durchgeführt ist.

Redebour macht der sozialdemokratischen Fraktion den Vorwurf, daß sie nur aus Furcht vor der kommunistischen Konkurrenz, nicht aber aus politischer Einsicht, die große Koalition mit der Volkspartei abgelehnt habe. Er vermißt die entscheidende Kampfstellung der Sozialdemokratie gegen das Kabinett Cuno. Wenn die Sozialdemokratie dem demokratischen Vertrauensvotum wegen der milden Fassung zustimme, dann sei sie mit verantwortlich für das Kabinett Cuno. Dann wird aber auch die deutsche Arbeit, die ganze Arbeiterschaft, die Deutsche der sozialdemokratischen Fraktion und das elende Gaukelspiel erkennen. (Als der Redner über eine Stunde gesprochen hatte, mahnt ihn Präsident Rothe, sich etwas kürzer zu fassen.) Hg. Ledebour schließt mit der Versicherung, die Arbeiterschaft werde den offenen Kampf gegen den bürgerlichen Kapitalismus, den Sozialismus durchsetzen.

Reichskanzler Cuno: Zu den schwereren Vorwürfen, die gestern gegen den Minister Dr. Müller erhoben wurden, habe ich die

Abschrift eines Briefes zu verlesen, den Dr. Müller an den Reichspräsidenten heute gerichtet hat. In diesem Brief, dem der Kanzler verliest, erklärt Dr. Müller, diese vergangene Nacht erfolgte die Nachprüfung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe und sie habe ergeben, daß an seiner vaterländischen Gesinnung nicht zu zweifeln sei. Die durch die tiefen Angriffe geschaffene Atmosphäre parteipolitischer Gegensätze habe ihn aber dazu bestimmt, im vaterländischen Interesse von seinem Posten zurückzutreten.

Der Reichstagslangler erklärte dazu, als noch gestern abend durch den Reichsjustizminister Heine eine Prüfung der Vorwürfe vorgenommen wurde, habe der Hg. Solman selbst erklärt, er wolle nicht behaupten, daß Dr. Müller die Auflösung der Rheinlande vom Reich erstrebt oder gewollt habe. Die Vorwürfe gegen die vaterländische Gesinnung Dr. Müllers seien dadurch entkräftigt, gleichwohl bestehe Dr. Müller aber auf seinem Rücktritt, in der Erwägung, daß er infolge der Angriffe persönliche Schwierigkeiten zu gewärtigen habe, welche die volle Konzentration auf sein hochbedeutungsvolles Amt unmöglich mache. Er (der Reichstagslangler) sei sich der durch diese Zwischenfälle vermehrten Schwierigkeiten bewußt, um für das Amt des Reichsernährungsministers eine Persönlichkeit zu gewinnen, die in gleicher Weise das Vertrauen der Landwirtschaft und die fachliche Eignung besitze, hoffe aber, das Kabinett alsbald ergänzen zu können und appelliert an die fachliche Mitarbeit des hohen Hauses. (Beifall, höhnische Zwischenrufe bei den Kommunisten.)

Hg. Dr. Stresemann (D. Vp.): Nach der Erklärung des Reichstagslanglers können die gegen Dr. Müller erhobenen Vorwürfe nicht mehr aufrecht erhalten werden. Zweifellos war es durchaus gerechtfertigt, den Syndikus der rheinischen Landwirtschaftskammer zum Ernährungsminister zu wählen. Da aber gerade im Rheinland die Zusammenfassung aller Parteien eine vaterländische Notwendigkeit ist, wäre es verhängnisvoll, wenn eine politisch so unstrittene Persönlichkeit an der Spitze dieses wichtigen Ministeriums steht. Darum begrüßt seine Partei die jetzt gefundene Lösung. Redner besprach alsdann die Vorbereitungen für die große Koalition und betonte, wir brauchen jetzt die Führer der Wirtschaft in der Regierung. Für diese sei aber natürlich der Übergang in die Kreisläufe der Parteipolitik nicht verlockend. Jedenfalls müßten wir alle dem Reichstagslangler Dr. Cuno dankbar sein für das Beispiel an Verantwortungsgesühl, das er mit seiner Amtübernahme gegeben habe. Wenn andere Leute nicht schon aus Kollegialitätsgesühl folgen wollten, so sollten sie wenigstens die Angriffe gegen die Parteien unterlassen, wie sie es getan hätten. Dr. Stresemann polemisiert sodann gegen die Ausführungen Dr. Breitfelds. Die Meinung, daß die wirtschaftlichen Führer, die Stinnes folgten, nur die Profitinteressen vertreten, sei ganz falsch. Nur das tatsächliche Interesse am Wert sei für diese Leute bestimmend. Für Unterstufung unserer Währung brauchen wir vor allen Dingen die Produktionsförderung.

Dr. Stresemann (D. Vp.) fortfahrend: Die Stützungsaktion der Währung muß ohne Schaden für die Industrie durchgeführt werden, denn wenn die Währung verfällt, so bedeutet das den Untergang des deutschen Kulturschiffes. (Lebhafte Beifall.) Dr. Stresemann fordert den Ausbau der republikanischen Schutzgesetzgebung in der Richtung, daß die Meinungsfreiheit gesichert wird und die Wörtorganisationsen verfolgt werden. In außenpolitischer Beziehung sieht er die einzige Aussicht für bessere Verhältnisse in der Gesundung der Weltwirtschaft, die im Gegensatz zu den französischen Nachplänen die ganze Welt daran interessieren müssen, daß nicht ein zusammengebrochenes Deutschland im Bolschewismus untergehen. Eine Politik des Wiederaufbaues in Frankreich sei unvereinbar mit der Politik der Sanktionen und Ultimaten. Von dem neuen Kabinett müsse eine definitive Lösung des Reparationsproblems erwartet werden. (Lebhafte Beifall.)

Hg. Dr. Leicht (Bayer. Vp.) behauptet die Haltung der Sozialdemokratie und weist mit dem Hinweis auf die fürchterliche Not des deutschen Volkes, die im Ausland aufgestellte Behauptung zurück, daß Deutschland seinen Währungsverfall selbst herbeigeführt habe. Er begrüßt im Regierungsprogramm vor allem die Zusage, daß die Eigenart der Länder gewahrt und gesichert werden soll.

Inzwischen ist von den Kommunisten ein Mißtrauensvotum eingegangen, in dem die vor allem angekündigte Durchführung des Achtstundentages, die Massenentlassungen von Angestellten und Arbeitern, die Beseitigung der Getreidemlage und die weiter herbeigeführte Wucherfreiheit gemißbilligt werden.

Hg. von Graefe (Mitt.-östl. Gruppe) lehnt die Unterstützung des neuen Kabinetts ab, weil es nicht auf völlig idealistischen, sondern rein kapitalistischen, internationalen Grundlagen regieren wolle.

Hg. Dr. Müller-Franken (Soz.) protestiert gegen jeden Ausbau der republikanischen Schutzgesetze und sucht nachzuweisen, daß Dr. Wirth nicht von den Sozialdemokraten, sondern von dem Stegenwaldflügel des Zentrums gewählt worden sei, der unter allen Umständen die große Koalition erzwingen wolle. Ein Zusammengehen mit der deutschen Volkspartei sei für die Sozialdemokratie aber unmöglich, weil dort neben Stinnes auch der Führer der Gelben, Geißler, lie. Die Form der Bildung des neuen Kabinetts sei kein parlamentarischer Fortschritt. Wenn die Fraktionen gefragt worden wären, dann wäre uns der Fall Müller nicht passiert. Die Regierung werde alle Schritte zur Durchführung der Reparationsquote und zur Stützung der Welt unterstützen, im übrigen aber den Willen der fachlichen Opposition nicht verlassen.

Nach Annahme eines demokratischen Schlußantrages gegen die Stimmen der Kommunisten, erklärt der Hg. Solman (Soz.) in einer persönlichen Bemerkung, daß er seine Vorwürfe gegen Dr. Müller keineswegs zurückgenommen habe. Ein kommunistischer Antrag auf namentliche Zustimmung über die Vertrauensfrage wird nicht ausreichend unterstützt.

Der kommunistische Vertrauensantrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt, das demokratische Vertrauensvotum gegen die Kommunisten, Unabhängigen und deutsch-völkische Gruppe angenommen.

Nach debattierender Erledigung der Novelle zum Branntweinmonopol in allen drei Lesungen verläßt sich das Haus um 8 Uhr auf Montag, den 4. Dezember 1922, nachmittags 2 Uhr.

Die Neubesetzung des Ernährungsministeriums.

Sofort nach dem Bekanntwerden der Demission Dr. Müllers sind im Reichstag die Verhandlungen über die Neubesetzung des Postens des Reichsernährungsministers aufgenommen worden. An erster Stelle wird als Nachfolger der bisherige Reichsernährungsminister Dr. Fehr genannt. Auch der früher im preussischen Staatsdienst befindliche Dr. Warmbold wird als Nachfolger Müllers genannt. Da er jedoch bereits mit der Industrie ein Abkommen getroffen hat, dürfte er nicht mehr in Frage kommen. Der schon früher für diesen Posten genannte Demokrat Dr. Rabenhay hat die Annahme dieses Postens gleichfalls endgültig abgelehnt, so daß die Frage der Neubesetzung noch vollständig offen ist.

Das Reich und die Länder.

Die Sitzung des Reichsrates wurde vom Reichszugler Dr. Cuno mit einer Ansprache eröffnet, in der er auf seine frühere Tätigkeit im Reichsdienst hinwies und betonte, es sei einer seiner ersten Akte nach Antritt seines neuen Amtes gewesen, sich in Schreiben an sämtliche Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten der Länder zu wenden.

Ich bin überzeugt, fuhr der Kanzler fort, daß die uns für die nächste Zeit bevorstehenden Aufgaben nicht gelöst und bewältigt werden können von einem Kabinett, mag es noch so sachlich und noch so sehr den Bedürfnissen der einzelnen Ressorts entsprechend zusammengesetzt sein, allein in Zusammenarbeit mit dem Reichstag, sondern daß wir uns dabei auch mit den Fragen im Innern in den nächsten Wochen und Monaten schwer und verantwortlich zu beschäftigen haben werden.

Seinen Wunsch, die Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder zu besuchen, werde er nicht verwirklichen können und daher die Herren hierher bitten. Diese Ansprache werde für die Arbeit des Kabinetts grundlegend sein.

Er halte es auch für seine Pflicht, die Mitglieder des Reichsrats von Zeit zu Zeit über die allgemeine Lage zu unterrichten, so daß sie in entsprechender Weise ihren Einfluß von hier aus auf die Länder geltend machen und gleichzeitig auch beratend der Reichsregierung zur Seite stehen können. Im Rahmen der Verfassung werde er die Eigenart und Selbständigkeit der Länder zu erhalten wissen. Von der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Reichsrats erhoffe er einen festen Zusammenschluß der Länder im Reichsverband und eine feste reichsdeutsche Gefinnung aller. Der Reichszugler hat, ihn mit Rücksicht auf die Tagung des Reichstages zu entschlüsseln und übergab den Vorsitz dem Reichsminister des Innern Dr. Defer.

Badische Übersicht.

Praktische Sozialpolitik in Baden.

N.-S. Karlsruhe, 24. November.

Die Länder sind bekanntlich nicht in der Lage, in allen Punkten von sich aus die Sozialpolitik zu treiben, die sie selber für richtig halten. Sie sind an das Reich, an die Beschlüsse des Reichsparlamentes gebunden. Gottlob gibt es aber trotzdem immer noch Gelegenheiten genug, wo sich auch das einzelne Land, der einzelne Freistaat, zum Besten nennender Schichten mit praktischer Sozialpolitik betätigen kann. Bekanntlich ist Baden der erste Staat gewesen, der durch ein Darlehen den um ihre Existenz kämpfenden Zeitungsverlegern beizuhelfen, von anderen ähnlichen Einzelmaßnahmen abgesehen.

Neuerdings ist nun der badische Finanzminister Adler, dem ein besonders scharfer Blick für sozialpolitische Notwendigkeiten und Möglichkeiten nachzurufen ist, mit einer Mitteilung an die Öffentlichkeit getreten, die in sozialpolitischer Hinsicht auch außerhalb Badens auf großes Interesse und lebhaften Beifall rechnen darf.

Briefe des Phantasten.

Von Will Scheller.

Wenig kann in einer Zeit der Entgeistigung und Entseelung des Menschenlebens, wie der gegenwärtigen, notwendiger erscheinen als das Bestreben, solche Persönlichkeiten möglichst nahe an das Empfinden der Zeitgenossen heranzubringen, in deren Wesen und Wirken geistige und seelische Elemente den Ausschlag gegeben haben — künstlerische mithin, vor allem dichterische Menschen, und zwar in der ganzen Fülle ihrer dichterischen Erscheinung, soweit es denkbar ist, ihrer noch habhaft zu werden. Ihre Leben, das vergängliche Chaos von Wille und Widerstand, von Aufschwung und Niederbruch, von Feiern und Trag, das den Höhepunkt des unergänzlichen Wertes bildet, ist oft im gleichen Maße, wie das Werk selbst, geeignet, wünschenswerte Wirkungen, seelisch, geistig gestaltende Einflüsse auszuüben. Und dieses Leben, es vermag sich zweifelsohne leuchtender nicht zu spiegeln als in den Briefen, die der Dichter schrieb, in den Papieren, die ihm unter der nur allzu oft eiligen, vor Ungebuld zitternden Hand hinausflogen, obzwar nicht selten schwer belastet von der Menge und dem Grade des Gefühls, der Stimmung, in der diese Dokumente, durch die Mauern des Hauses heimlich geschleift und verborgen, und schließlich unverletzt durch postale Zensur, geformt, verpackt wurden. Dichterbriefe, mit dem erforderlichen Takt des Herzens und dem richtigen Empfinden für den Wert des einzelnen Schriftstüchs in Bezug auf die Gesamtheit des betreffenden Lebens ausgewählt und dargeboten, sind fast immer gangbare, zielichere Pfade zu dem, was im Dichtwerk doch durch die Kunst irgendwie gesteigert, verändert, also letzten Endes bei aller charakteristischen Eigenart des Stils etwa oder der Stoffbehandlung, Mittel zum Zweck eines Höheren, eines allgemein Menschlichen geworden ist. Aber dieses ergreift und ruft einen nachhaltigen Eindruck nur dann hervor, wenn es eine Art von mitmenschlichem Bewußtsein erregt und durch dieses die Luft, mit der persönlichen Atmosphäre des jeweils schaffenden Ereignisses vertraut zu werden und hier neue, vertiefte Wertmaßstäbe für das Werk, für die Wirkung zu gewinnen.

Köhler sprach in einer Versammlung von der Kollage, in der sich ein Teil der freien Berufe befindet, und er nannte diese Kollage mit Recht entsetzlich. Statt aber nur zu lamentieren, wie es heute die meisten tun, hat Köhler für den Bereich seiner amtlichen Nachvollkommenheit bereits eine Anordnung getroffen, die praktisch geeignet ist, dieser Not entgegenzuarbeiten. Der badische Finanzminister hat, wie alle andern wirklich klugen Politiker dieser Zeit, erkannt, daß in den Einkommensverhältnissen ein kraßes Mißverhältnis besteht zwischen den Gehältern und Löhnen der Jugendlichen, die unbeschäftigt sind und nur für das eigene Ich zu sorgen haben, und den Familienvätern. Für den Bereich der badischen Finanzverwaltung soll deshalb angeordnet werden, daß voll arbeitsfähige Angehörige der freien Berufe, die zurzeit ohne Arbeit sind und dennoch ihre Familie zu versorgen haben, in den Staatsstellen beschäftigt werden, an Stelle der jetzt viel zu zahlreich vorhandenen jungen Hilfskräfte. Und der Minister hat diese Anordnung begründet mit dem sehr richtigen Axiom, daß die Erhaltung einer Familie wichtiger sei, als die Erhöhung der Lebensansprüche eines Einzelnen.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die ganze badische Staatsverwaltung diese Rettungsaktion durchführen wird. Sie durchkreuzt in keiner Weise die rücksichtslose Sparpolitik, die der badische Staat jetzt betreiben muß. Wir glauben, daß man nicht nur innerhalb der Bevölkerung Badens diese neue Maßnahme Köhlers als sozialpolitisch höchst wertvoll und wirklich zum Ziele führend begrüßen wird, sondern daß sie auch außerhalb Badens Anklang und Nachahmung finden wird.

So schreibt die Reichskorrespondenz Nord-Süd über praktische Sozialpolitik in Baden.

Wie wir erfahren, hat die Anordnung des badischen Finanzministers schon manchen schwerbetroffenen Frauen und Männern die Sorge um die Zukunft etwas erleichtert. Tagtäglich kommen neue Vorgesuche. Man hofft von der Regierung, daß in den nächsten Wochen auf diesem Wege wirklich etwas Durchgreifendes geschehen kann.

Württemberg und Baden.

Den Abschluß eines unter der Überschrift: Der Wechsel im badischen Staatspräsidium gebrachten Artikels aus der „Mannheimer Volksstimme“ in Nr. 26 unserer Ausgabe, haben wir rein referierend wiedergegeben, da es interessant ist, zu hören, wie sich maßgebende Persönlichkeiten und auch Blätter des Landes die Frage der Staatsverwaltung denken.

In den Schlüssen des Artikels wurde von neuem Propaganda gemacht für die Zusammenlegung Badens und Württembergs. Wir sind bekanntlich aus wohlwollenden Gründen Gegner einer solchen Zusammenlegung und möchten bei dieser Gelegenheit dies abermals betonen, zudem wir wissen, daß die Mehrheit des badischen Volkes von einer solchen Zusammenlegung nichts wissen will.

Aus der Landeshauptstadt.

Aus der Stadtratssitzung vom 23. November.

Neuwahl der Stadträte. Die im Anschluß an die Neuwahl der Stadtverordneten vorzunehmende Neuwahl der Stadträte wird auf Dienstag, den 5. Dezember d. J., mittags von 12—1 Uhr, festgesetzt. Wahllokal: Großer Rathausaal.

Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise. Dem weiteren Ansteigen der Materialpreise und der Beamten- und Arbeiterbezüge müssen auch die städtische Straßenbahn und die städtische Lokalbahn folgen. Für die Straßenbahn werden daher mit Wirkung vom 1. d. M. die Fahrpreise festgesetzt: für Fahrscheine bis 5 Teilstrecken auf 30 M. und für Scheine über 5 Teilstrecken auf 45 M., für Fahrscheine bis 2 Teilstrecken auf 20 M., bis 5 Teilstrecken auf 30 M., für Scheine über 5 Teilstrecken (8 Scheine) auf 30 M. Die übrigen Fahrpreise erfahren eine entsprechende Erhöhung. Die Fahrpreise

der Karlsruher Lokalbahn werden im gleichen Verhältnis erhöht.

Gebührenerhöhungen. Zur Schaffung weiterer Einnahmen gegenüber den Mehrausgaben infolge neuerlicher Erhöhung der Gehälter und Löhne sowie der Preise für alle Betriebsmaterialien werden die Gebühren im Schlacht- und Viehhof, im Bestattungswesen, die Bodenmarktgebühren, die Desinfektionsgebühren, sowie die Pflegegebühren im städtischen Krankenhaus und die Bäderpreise neuerdings erhöht.

Gas- und Strompreise. Schon Mitte November hat die Stadtverwaltung öffentlich darauf hingewiesen, daß infolge der seit Anfang Oktober eingetretenen weiteren erheblichen Steigerung des Kohlenpreises die Gas- und Strompreise für die Monate Oktober und November eine weitere bedeutende Erhöhung erfahren müßten. Nun haben sich seit Mitte November nicht nur die Kohlenpreise weiter verschärft, sondern es sind auch die schon ab 1. Oktober bedeutend erhöhten Personalaufwendungen erneut gestiegen. Der Stadtrat hat sich deshalb veranlaßt gesehen, die Gas- und Strompreise noch weiter, als vor 14 Tagen in Aussicht genommen, zu erhöhen und für die erwähnte Abrechnungsperiode festzusetzen: Den Gaspreis auf 65 M. pro Kubikmeter, den Licht- und Strompreis auf 150 M. und den Kraftstrompreis auf 100 M. pro Kilowattstunde.

Erhöhung des Eintrittsgeldes für den Stadtpark. Da die Aufwendungen für die Unterhaltung des Stadtparks und Tiergartens weiter in starkem Maße ansteigen, wird das Eintrittsgeld für den Stadtpark mit sofortiger Wirkung abermals erhöht. Es beträgt nunmehr: Vorklass für Erwachsene 20 M., für Kinder 5 M., an den Vormittagen der Sonn- und gesetzlichen Feiertage für Erwachsene 15 M., für Kinder 3 M.

Die Milchversorgung in Karlsruhe.

Wie wir bereits erwähnten, hat am Samstagabend eine kurze Besprechung im Städt. Milchamt in der Jähringstraße zwischen Vertretern der Presse, der Stadtverwaltung und Vertretern der Karlsruher Ärzteschaft stattgefunden. Anschließend erfolgte ein Rundgang durch die Betriebsräumlichkeiten der Milchzentrale.

Der Leiter des Milchamtes, Direktor Raas, führte u. a. folgendes aus:

Während der Gesamtmilchmenge in Karlsruhe, in den sich etwa im Verhältnis von 6:1 das Städtische Milchamt einerseits und die Milchzentrale des landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes andererseits teilen, seit dem 1. Juni 1921 bis heute auf etwa die Hälfte zurückgegangen ist, ist der Preis ganz unverhältnismäßig in die Höhe gegangen. Das Publikum fragt sich: Wie kommt es, daß bei den verhältnismäßig sehr geringen Erzeugerpreisen in den Milchlieferungsbezirken der Stadt Karlsruhe eine derartig hohe Spannung zwischen Erzeuger- und Kleinverkaufspreisen entsteht? 104 M. mußte man diese Woche bereits für den Liter Milch bezahlen. Die Schuld wird, wie aus Eingefand, Beschwerden usw. hervorgeht, vielfach der Organisation und der Erfassungsart der Milch durch das Städtische Milchamt Karlsruhe zugeschoben. Der Vortragende wies an Hand einer städtischen aufgestellten Milchpreisberechnung, gültig ab 21. November 1922, nach, daß die Preisdifferenz zwischen Erzeuger- und Kleinverkaufspreis in Karlsruhe stets hinter den Preisdifferenzspannen anderer zum Vergleich herangezogener Städte ganz Deutschlands zurückbleibe. Karlsruhe und Baden allgemein haben auch im Frieden nie an Milchmangel gelitten. Nur durch die vorbildliche Organisation bei Aufkauf, Transport und Behandlung war es möglich, den Milchbedarf in Karlsruhe auf einer für die Gesundheit der Bevölkerung annehmbaren Höhe zu halten. Allerdings ist die Stadt Karlsruhe, um den nötigen Milchbedarf herbeizuschaffen, gezwungen, etwa 20 Prozent der eingehenden Milch aus den sog. Abmelkstätten zu holen. Während nun die Milch in den eigentlichen Lieferbezirken sich beispielsweise in dieser Woche im Schwarzwald, Karlsruhe-Land und Württemberg auf 65 M. Erzeugerpreis ab Stall stellt, verlangen die Abmelkstätten in dieser Woche noch 140 M. pro Liter und haben für die Zeit ab 1. Dezember einen Milchpreis in Aussicht gestellt, der nicht unter 200 M. bleibt. Diesen Mehraufwand, den die Stadt Karlsruhe bilden muß, verucht man selbstverständlich in den eigentlichen Kleinverkaufspreis einzurechnen. Hier liegt Anklage und Rechtfertigung für das Städtische Milchamt. Soll genügend Milch da sein, so muß der Unterschied zwischen Erzeugerpreis und Abmelkpreisen in der Festsetzung des Kleinverkaufspreises für Milch zum Ausdruck kommen. Oder aber die Stadt muß den Bezug der Milch aus den Abmelkstätten einstellen, was sich in der Milchversorgung der großen Stadt Karlsruhe empfindlich bemerkbar machen würde. Außerdem ist der Milchpreis in Karlsruhe bedeutend niedriger als der der übrigen Städte des Reiches und steht auch zu dem Milchpreis der kleineren Nachbargemeinden in keinem Mißverhältnis.

an ten At der künstlerischen Zeugung und Empfängnis, mit seiner geistigen Luft, dem Empfinden der heutigen Schaffenden näher kam. Mit diesen Worten überbrückte Wiener ein Jahrhundert; denn Hoffmann starb 1822, im achtundvierzigsten Jahre seines Lebens. In diesem Wunde aber lebt er, lebt er so bewegt und heiß, wie nur in irgend einer seiner Erzählungen oder musikalischen Auffolge. Vom Neugeburtstagen kommt der erste Brief; der ist, wie die meisten, an T. H. oder G. G. L. von Hippel gerichtet. Dieser Name oder Kennzeichen schon eine der wichtigsten Eigenschaften Hoffmanns: das enthusiastische, guttiefte im Innern seines Wesens verwurzelte Freundschaftsgefühl und Freundschaftserlebnis. Der erste Freund, so meine eben jener Hippel einmal, ist eine Schamlinge, die man nur im äußersten Notfall angreift, und bezeichnete damit, unbewußt oder nicht, seine eigene Bedeutung für G. L. A. Hoffmann, der immer, wenn er sich in Not befand, an die Hilfsbereitschaft dieses eines treuesten, innigsten Freundes sich klammerte. Wieviel er ihm verdankt, ist bei gegenwärtiger Gelegenheit nicht nachzurechnen, aber dieser Brief-Auswahl vermittelt immerhin eine Ahnung davon. Und es ist im übrigen gar nicht zu verkennen, daß Hippel der einzige war, dem er sein ganzes Innere restlos enthüllte, dem er seine Empfindungen in unerschöpflicher Redlichkeit preisgab; anderen gegenüber hält er mit dieser oder jener Klage zurück, lächelt aber öffnet er sein Herz ganz und verbürgt und beschönigt ihm gegenüber nichts. Jedem wußte er im Bezug auf sich selbst zu einzuschärfen, wie es der Psychologie und der Situation entsprach. Und so tritt er in diesen Briefen auch hervor als ein Künstler der Freundschaft, als ein Mensch, der die Beziehungen seelischer und geistiger Sympathie zu einer lebendigen Kultur gestaltete, in der Erinnerung an Stunden glücklicher Geselligkeit einen hohen Wert des Lebens erblinde und hieraus Blumen und Früchte, mitunter freilich auch Dornenstacheln gewachsen, die sein Dasein samt umkränzten und in feinem Schaffen selbst überaus fruchtbar fruchte bildeten.

Neben den Krankenheiten und Geldmangeln, die er gemeinlich mit bittigem Humor ertrug, die ihn manchmal aber doch niederdrückten — seit fünf Tagen habe ich nichts gegessen als Brot, schreibt er im Winter 1808 — bis ihn wieder der Gedanke, etwas Gutes zu schaffen, über die Bedrängnisse der Gegenwart hinweghebt; neben den allerintimsten Andeutungen